

Antrag Nr.: A0350/22
Datum: 19.04.2022

A N T R A G

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gegenstand:

Krisenfeste Mobilität in Dresden sichern

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Sicherung der Mobilität für alle, auch bei den aktuell sehr hohen Energiepreisen verbunden mit gestiegenen Lebenshaltungskosten, folgende kurzfristigen Maßnahmen ab Juni 2022 temporär für mindestens 6 Monate umzusetzen und bei erfolgreichem Verlauf anschließend zu verstetigen:
 - a. Schaffung zuverlässiger, sicherer Bedingungen für mehr Radverkehr in Dresden durch:
 - Vorziehung der Umsetzung von Radverkehrsprojekten aus dem Radverkehrskonzept in Form temporärer Radwege;
 - Einrichtung von temporären Radwegen auf allen Hauptstraßen ohne Straßenbahn mit mehr als einer Fahrbahn pro Richtung, an der bisher noch keine regelkonformen Radverkehrsanlagen existieren;
 - Aufnahme von Lastenrädern in die Sharing-Leitlinie „Mobilität der Landeshauptstadt Dresden“;
 - Ausweisung von öffentlichen Lastenradparkplätzen im öffentlichen Raum.

- b. Attraktivierung des Umstieges auf Bus und Bahn in Abstimmung mit der DVB durch
- Erleichterung des Zugangs zum ÖPNV und zu Sharing durch „Schnupperangebote“, inklusive einer Variante die mit Verzicht auf KfZ-Nutzung kombiniert ist, Umsetzung im Anschluss an das 3-monatige 9-Euro-Ticket;
 - Einsatz von Mobilitätsgutscheinen im Anschluss an die vom Bund initiierte 3-monatige Einführung von 9-Euro-Tickets;
 - Verdopplung der Anzahl an Mobibikes und damit Erweiterung des Bedingebiets (z.B. Tolkewitz, Striesen, Blasewitz, Löbtau, Cotta, Klotzsche);
 - Ergänzung des Mobibike-Systems durch eine größere Anzahl Lastenräder.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, noch im Jahr 2022 mit der Schaffung oder deutlichen Aufstockung (temporärer), diebstahlsicherer Radabstellanlagen an allen S-Bahn-Haltestellen und Endstationen der Straßenbahn gemäß Radverkehrskonzept auch unter Nutzung von PKW-Stellplätzen zu beginnen und dies innerhalb von 2 Jahren umzusetzen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt vorzulegen, wie er noch im Jahr 2022 die weitere, beschleunigte Umstellung kommunaler Fahrzeuge auf E-Antrieb, inklusive des Aufbaus solarbetriebener Infrastruktur, verstärkt umsetzen will.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit der DVB vorzustellen,
- a. auf welchen Straßen noch im Jahr 2022 eigene Busspuren eingerichtet werden können und diese testweise für 1 Jahr sofort umzusetzen;
 - b. welche weiteren Vorschläge für die Jahre 2023 und 2024 in Frage kommen;
 - c. welche Maßnahmen im Bestand in den Jahren 2022, 2023, 2024 umsetzbar sind, die Bus und Straßenbahn beschleunigen (Vorschlägen der DVB zur Schaffung von mehr Kapazitäten*).
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Land Sachsen dafür einzusetzen, dass es Pendlern ermöglicht wird, durch eine schnelle Verdichtung der Taktnetze von Bus und Bahn in die Umlandgemeinden auch bei steigenden Treibstoffpreisen ihren Arbeitsplatz schnell und preisgünstig erreichen zu können.

<u>Beratungsfolge</u>	<i>Plandatum</i>		
Ältestenrat	25.04.2022	nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	03.05.2022	nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften		nicht öffentlich	1. Lesung (federführend)
Ausschuss für Finanzen		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung)		nicht öffentlich	beratend

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Die aktuelle Krise wird zu weiter steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten und damit deutlich erhöhten Spritpreisen führen. Die bundesweite Erhöhung der Pendlerpauschale unterstützt gerade nicht die Menschen, die eine Unterstützung am dringendsten brauchen. Um für Haushalte mit geringerem Einkommen die steigenden Kosten ertragbar zu machen, müssen jetzt schnell dauerhaft wirksame Maßnahmen ergriffen werden, die die Mobilität für alle sicherstellen und die die Auswirkungen von weiter steigenden Energiepreisen auf die Stadtgesellschaft möglichst weit verringern.

Die Attraktivität von Verkehrsarten, die wenig oder keinen Treibstoff verbrauchen sollte jetzt gesteigert werden. Nur so können Ressourcen für lebenswichtige Transportleistungen und der Wohlstand der Einwohner*innen erhalten bleiben. Auch der Erhalt des Wirtschaftsverkehrs ist für unsere Stadt unabdingbar. Um dies zu erreichen ist ein schnellerer Umbau unseres städtischen Verkehrssystems notwendig. Anreize für eine Verlagerung des Verkehrs vom KfZ auf Fahrrad und ÖPNV müssen jetzt gesetzt werden.

Das Fahrrad ist als treibstoffloses Fahrzeug dafür am besten geeignet. Die Kosten für den Erwerb und den Unterhalt von Fahrrädern sind im Vergleich zum KfZ gering. Notwendig ist eine schnelle Verbesserung der Infrastruktur, um Sicherheit und Zuverlässigkeit im steigenden Radverkehr zu erreichen. In Kombination mit öffentlichem Verkehr werden weiter entfernte Ziele energiesparend und unkompliziert erreichbar. Hierfür sind sichere und komfortable Abstellanlagen in ausreichender Anzahl an Umsteigepunkten unerlässliche Voraussetzung.

Eine Studie des ADFC (<https://www.adfc-sachsen.de/files/2020-06-03-ADFC-Bike+Ride-web.pdf>) liefert alle notwendigen Informationen im Detail. Auf diesem Weg wird Mobilität gerade für Menschen mit weniger Einkommen oder ohne KfZ weiter gesichert.

Aktuell trägt der zunehmende Lieferverkehr zu einer Steigerung des Treibstoffverbrauchs in Dresden bei. Zahlreiche Beispiele zeigen aktuell, wie Lieferverkehr insbesondere auf der letzten Meile, durch Lastenräder und durch Einrichtung von Mikrohub emissionsarm erfolgen kann. Durch Einrichtung von Lastenradparkplätzen sowie Aufnahme von Lastenrädern in das Verleihsystem (Sharing) der Landeshauptstadt Dresden kann dieses Angebot für Firmen, aber auch für Dresdner*innen, gefördert werden.

Bus und Bahn verbrauchen erheblich weniger Energie als der individuelle Autoverkehr. Jeder Umstieg vom Kfz auf den öffentlichen Verkehr senkt deshalb den Energieverbrauch unserer Gesellschaft. „Schnupperabonnements“ können die Einstiegshürde für Monatsabonnements senken. Eine Verbindung mit einem verbindlichen Verzicht auf die Nutzung des eigenen KfZ erhöht die Wirksamkeit, macht ein Leben ohne eigenen PKW erlebbar und sollte als zusätzliche Variante angeboten werden. Diese Maßnahmen sind insbesondere im Anschluss an das 3-monatige 9-Euro-Ticket wirksam.

Bereits jetzt ist das Mobibike für viele Dresdner*innen der Anlass für den Erwerb einer Monatskarte und damit einer dauerhaften Nutzung von öffentlichem Verkehr. Die noch vorhandenen Potentiale zu Erweiterung des Gebietes für Mobibikes sollten genutzt und ein entsprechend notwendiger Erwerb weiterer Mobibikes ausgelöst werden.

Die für niemanden vorhersehbare aktuelle Krise verlangt nicht nur Handeln auf Landes- oder Bundesebene. Auch die Kommunen können und müssen reagieren. Wir sind in der Stadt Dresden gefordert, jetzt das uns Mögliche zu tun, nicht nur um Mobilität und ein Funktionieren, sowie die Qualität unseres Stadtlebens zu erhalten, sondern auch, um unsere Freiheit und unsere Demokratie zu sichern und unser Klima zu schützen.

* https://www.dvb.de/-/media/files/die-dvb/dvb_strategiepapier_2auflage_einzel_072021.pdf

Christiane Filius-Jehne
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Agnes Scharnetzky
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlagenverzeichnis:

-